

nächst gilt es, die üblichen kleinen Anfragen zu erledigen. Aus ihrer Beantwortung erfährt man, daß das Auswärtige Amt einen kulturellen Beirat für die kulturellen Beziehungen zum Ausland errichten will, daß aber der Zeitpunkt, an dem dieser Ausschuss seine Tätigkeit aufnehmen wird, sich noch nicht bestimmen läßt. Auf eine andere Anfrage teilt das Auswärtige Amt mit, daß ein Weißbuch über das Saargebiet in Arbeit sei und demnächst vorgelegt werden wird. Nach der Erledigung einiger weiterer Anfragen steht der Befehl zur Überwachung des Verkehrs mit Postpaketen zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet zur Beratung. Die Kommunisten fürchten, daß dieses Befehl, das ja lediglich den Schmuggel verhindern soll, Anlaß zu politischen Postschwierigkeiten geben könne. Auf ihren Antrag wird daher der Entwurf einem Ausschuss überwiesen, ebenso gehen noch eine Reihe kleinerer Vorlagen an die Ausschüsse. Dann endlich ist man so weit, daß man die gestern abgebrochene Aussprache über die Sanktions-Interpellation fortführen kann. Das Zentrum schickt den Abg. Bell vor. Er erinnert an die Opfer, die wir in den letzten Jahren haben bringen müssen und an die Enttäuschungen, die wir erlebt haben. Eingehend schildert der Redner die Wirkungen der Sanktionen, die Stilllegungen der Betriebe, die damit verbundenen Arbeiterentlassungen, die Verteuerung der Lebensmittel, die Erschwerung der Ernteerbringung, die Überschwemmung mit französischen Luxuswaren. Es ist ein überaus trauriges Bild, das der Redner entwirft. Handel und Gewerbe stagnieren, die Schulen sind mit französischen Soldaten belegt, und nur das Schieberrtum zieht Nutzen aus den heutigen Zuständen.

Abg. Dr. Reichert (Dnat. Sp.): Die Sanktionen haben mit dem Recht nicht das mindeste zu tun. Sie sind Erfolge, Gewalttaten. Es genügt nicht, wenn wir hier im Hause einig sind in unserem Protest. Wir verlangen einen Widerhall bei der Regierung und in der Presse. Redner beklagt die Überschwemmung mit französischen Luxuswaren, namentlich in der Gummi- und Automobilindustrie. Auch die Ausfuhrregelung ist erschwert worden, und hier muß die Regierung für Abhilfe sorgen. Am gefährlichsten ist aber die französische Handels- und Industriespionage, die Einblick in unser Wirtschaftssystem gewinnt und es im Ausland im Wettbewerb zu verwerten bemüht ist. Redner kennzeichnet sodann die oft aus den wichtigsten Gründen erfolgte Bestrafung mit Geld oder Gefängnis und dankt den Beamten unter allgemeiner Zustimmung für ihre Opferwilligkeit und ihre Plichttreue. Bedauerlich sei nur, daß die Regierung diese Beamten ohne alle Direktiven gelassen habe. Redner ironisiert sodann die französische Angst vor dem pangermanistischen Geist, der der einzige Grund für die Beibehaltung der Sanktionen sei. Briand pfeift auf die Demokratie, wenn es dem Chauvinismus gilt, und unsere Regierung soll nicht auf diesen Wein tricheln. Sie hat schon den Fehler begangen, nicht Zug um Zug zu verhandeln.

Die Weiterberatung wird jetzt abgebrochen, um erst die Abstimmung über den Staatsgerichtshof vorzunehmen, die vor einigen Tagen ausgeführt werden mußte. Der Entwurf wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Abg. Breitscheid (U. Soz.) schließt sich dem Protest gegen die unerhörten Gewalttaten im Rheinland an. Redner ist in der Sache mit den Reden der Rechtsparteien einverstanden, bemängelt aber die Begründung, die sie der Interpellation gegeben haben. Solange sie im nationalen Mantelchen die Regierung wegen ihrer Schwäche und wegen der Unterzeichnung des Ultimatums angreifen, liefern sie dem französischen Chauvinismus den Vorwand zu seinem Verhalten. Die Chauvinisten beider Länder arbeiten aber einander in die Hände. Das Volk appelliert an das Gerechtigkeitsgefühl und an die Vernunft in Frankreich und England, soweit wirtschaftliche Einsicht vorhanden sei, weise aber jede nationalfidele Hege zurück.

Abg. Dr. Koch (Dem.): Im Waffenstillstand ist nur die Befehung der rheinischen Brückenköpfe vorgesehen. Jetzt ist die ganze Provinz als erobertes Land gekennzeichnet worden. Die Absicht, die Rheinlande mit französischer Kultur zu durchdringen und somit für Frankreich zu erobern, wird in französischen Blättern offen zugegeben. Am gefährlichsten ist aber die systematische wirtschaftliche Durchdringung des Landes, welche die Losreißung der Rheinlande zum Ziele hat. Frankreich hat zu entscheiden zwischen einer Politik der Unterdrückung und Balkanisierung und einer Politik, die uns die Erfüllung unserer Verpflichtungen ermöglicht. Redner schließt, der rheinischen Bevölkerung für ihre Treue dankend. Man kann unser Vaterland wohl ruinieren, aber nicht zerreißen.

Der Kommunist Hülsmann wertet gegen den Kapitalismus und feiert das revolutionäre Proletariat. Der Abg. Deermann von der bayerischen Volkspartei führt die Debatte wieder auf ein höheres Niveau zurück. Er schließt sich dem Protest gegen die Sanktionen an und betont, daß in dem besetzten Rheinland nicht das Gefühl aufkommen dürfe, als ob es vom Mutterland verlassen sei. Die rheinische Bevölkerung fühle sich als ein ferndeutsches Volk. In ziemlich später Stunde erhält dann der Volksparteiler Dr. Hoff das Schlusswort, während sich Saal und Tribünen schon bedeutlich geleert haben. Dann vertagt man sich in der achten Abendstunde auf Sonnabend 11 Uhr.

Das Steuerproblem.

Berlin, 2. Juli. (Draht.) Wie die „Deutsche Wg. Ztg.“ berichtet, wird der Reichstanzler Anfang nächster Woche im Reichstag oder im Reichswirtschaftsrat über die Finanzprobleme und die verschiedenen ins Auge gefassten Lösungsmöglichkeiten sprechen. Das Kabinett hat in der Steuerfrage bisher keine formulierten Beschlüsse gefasst. Die bisherigen Besprechungen bezeichnen nur eine Klärung der Lage und eine Feststellung der Haltung zu den einzelnen Fragen. Die eigentliche Entscheidung über das Steuerproblem wird voraussichtlich während der Reichstagsferien in den zu diesem Zwecke vorgeschlagenen Kommissionen fallen.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Berlin, 1. Juli. Unter Stimmenthaltung der Deutschen, die der Stellungnahme ihrer Fraktion nicht vorzuziehen wollten, stimmte heute der Reichswirtschaftliche Ausschuss einer Erklärung des Reichsarbeitsministers in der Frage der Arbeitslosenunterstützung zu. Danach will die Regierung der Geldentwertung und der teilweise eingetretenen

und teilweise zu erwartenden weiteren Preissteigerung durch eine Erhöhung der Unterstützungsätze Rechnung tragen. Die Einzelheiten bedürfen noch der Prüfung und Erörterung mit den Ländern.

Amnestieerlaß in Oberschlesien.

Oppeln, 1. Juli. (Draht.) Die Interalliierte Kommission veröffentlicht nachstehenden Aufruf an die Bewohner Oberschlesiens: Die Interalliierte Kommission gibt den Bewohnern Oberschlesiens bekannt, daß gehorham den Anordnungen der Interalliierten Kommission, die Kräfte der polnischen Insurgenten und der irregulären deutschen Formationen, sich aus ihren Stellungen zurückziehen haben und am Abend des 5. Juli vollständig aufgelöst sein werden. Die Verwaltung Oberschlesiens wird von da ab wieder vollständig in den Händen der Interalliierten Kommission liegen und allen nicht regelmäßig gebildeten Organisationen wird weder Autorität noch Gewalt irgendwelcher Art zustehen. Von dieser Unterwerfung befreit und eine Befestigung des Groalles, sowie eine Milderung der bestehenden Kaffegegengesätze wünschend, hat die Interalliierte Kommission beschlossen, eine Amnestie für alle ungeschiedenen Handlungen zu gewähren, die mit dem Zustand im Zusammenhang stehen, jedoch mit Ausnahme solcher Handlungen, die in gewinnfuchtiger Absicht oder persönlicher Rachsucht oder aus Grausamkeit begangen wurden. Von dieser Amnestie werden jedoch alle Personen ausgeschlossen, die nach einem noch bekannt zu machenden Zeitpunkt im unbesetzten Besitz einer Schusswaffe oder von Explosivstoffen gefunden werden. In der Erwartung, daß die Bevölkerung durch ihr Verhalten sich dieses Altes der Milde würdig zeigen wird, sowie fest entschlossen, jeden Versuch der Störung der Sicherheit zu unterdrücken, fordert die Interalliierte Kommission die Bewohner Oberschlesiens auf, in Ruhe und im vollen Vertrauen auf die Gerechtigkeit und Unparteilichkeit der alliierten Mächte die Entscheidung abzuwarten, die gemäß dem Friedensvertrag von Versailles getroffen werden soll.

Der Vertreter Frankreichs: Lerond. Der Vertreter Italiens: de Marinis. Der Vertreter Großbritanniens: Harald Stuart.

Berlin, 2. Juli. (Draht.) Die „Deutsche Wg. Ztg.“ schreibt zu dem Amnestieerlaß der alliierten Kommission in Oppeln: Praktisch heißt der Amnestieerlaß nichts anderes, als daß alle von der Korantipolizei verübten Verbrechen, der unzähligen Minderungen und zahlreichen Morde ungesühnt bleiben sollen. Die Unterwerfung der Interalliierten Kommission unter die Korantipolizei der Amnestie ist ein Peitschenschlag für die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens.

„Lokalanzeiger“ hat der Amnestieerlaß unter den ober-schlesischen Deutschen eine gewaltige Erregung hervorgerufen. Als rechtmäßig gebildete Organisationen dürfen die polnischen Ortswehren bestehen bleiben. Den Zeitpunkt, von dem es verboten sein wird, in Oberschlesien Waffen zu tragen oder Explosivstoffe zu besitzen, würden Korantipolizei und Lerond im alten trauten Einverständnis zu bestimmen wissen, an dem Tage nämlich, an dem die neue polnische Heeresorganisation der Ortswehren fertig dasteht, und auch die letzte Finte in sicherem Gewahrsam verborgen oder nach Polen hinübergeschafft sein wird.

Die Mark sinkt.

Wieder einmal sind die deutschen Wechselkurse an den Auslandsbörsen gefallen. Hundert Schweizer Franken kosten zwölfschubert Mark, hundert holländische Gulden 2400 Mark. Inbessin sind die Borselchläge an den neutralen Börsen nur Rückwirkungen der New Yorker Börse. Wahrscheinlich für alle der Dollarkurs. Der Dollar, der in der Borszeit mit 4 Mark bezahlt wurde, kostet heute 73 Mark. — Das neuerliche Sinken der deutschen Wechselkurse ist darauf zurückzuführen, daß Deutschland gezwungen ist, die Zahlungen an den Verband in Dollarwechseln zu leisten. Da wir aber aus unserem eigenen Wirtschaftsverkehr nicht über die nötigen Summen von Dollarwechseln verfügen, so müssen wir Dollarwechsel gegen andere Devisen aufzukaufen suchen. Während also die Nachfrage nach guten ausländischen Zahlungsmitteln steigt, fehlt zum Ausgleich die Nachfrage nach Markwechseln. Es zeigt sich also an diesem ersten Fall schon, daß die Zahlungsansprüche des Verbandes ohne schwere Erschütterungen der internationalen Wechselkurse nicht beibehalten werden können. Insbesondere aber vermag Deutschland derartige Schläge auf die Dauer nicht auszuhalten. Wenn der Dollarkurs in wenigen Tagen um 20 Punkte steigt, so bedeutet das eine Verteuerung unserer Einfuhr allein aus den Vereinigten Staaten um 12 bis 15 Millionen Papiermark täglich. Das muß nachteilige Wirkungen auf unsere Wirtschaft ausüben, zumal es sich bei dieser Einfuhr um notwendige Rohstoffe handelt. Wir können sie also nicht weiter abdrücken, da sonst die Gefahr entsteht, noch mehr Betriebe stilllegen zu müssen. Unsere Textilindustrie ist heute schon zu 40 vom Hundert zum Erliegen gekommen. An dieser Tatsache wird auch dadurch nichts geändert, daß einzelne Spinnerellen oder Webereien glänzende Abschlüsse in Papiermark veröffentlicht haben. Die Wahrheit ist doch, daß die Arbeitslosigkeit in den Standorten der Textilindustrie immer mehr zunimmt. Dies ist besonders für das Rheinland, wo sich überdies noch die Wirkungen der Gewaltmaßnahmen bemerkbar machen. Rohbaumwolle in ausreichenden Mengen können wir aber nur aus den Vereinigten Staaten beziehen. Wird uns diese Einfuhr durch die Verschlechterung des Marktkurses erschwert, so hat das unermesslich zur Folge, daß unsere Gesamtleistungsfähigkeit sinkt. Wir müssen ja nicht nur Textilwaren auszuführen versuchen, wir müssen vor allem doch unser Volk kleiden. Gelingt uns das nicht durch die eigene Erzeugung im Inlande, so bleibt nur die teure Einfuhr von Fertigwaren übrig, die aber in dem Umfang garnicht möglich sein wird. Englische und amerikanische Sachverständige haben früher schon darauf hingewiesen, daß die von Deutschland verlangten Barzahlungen auf die Dauer das Gefüge der internationalen Wirtschaft zerstören müssen, immer vorausgesetzt, daß Deutschland sie überhaupt zu leisten vermag. Die Entwicklung verläuft eben nicht so, wie sie sich die wirtschaftspolitisch völlig ungeschulten Staatsmänner des Verbandes einseitig vorgestellt haben. So sollte doch die Ausfuhrabgabe nach englischer Auffassung dazu dienen, den Wettbewerb der deutschen Erzeugnisse im Auslande zu erschweren. Frankreich aber fiel auf die Ausfuhrabgabe hinein, weil es hoffte, da-

durch schnell Geld zu bekommen. Die Barzahlungen, die Deutschland infolgedessen notwendig leisten muß, schwächen aber seine Beschäftigung und vermindern in der Auswirkung auch die Einfuhr von Rohstoffen. Deutschlands Wirtschaftskraft wird dadurch gehemmt, was man in Frankreich unbedingt erwarten mußte.

Aus der Oberlausitz.

Bischofswerda, 2. Juli.

— Vom Seminar. Dresdner Kampfsport. Erziehung der Jugend, wertvollste Stärkung der Volkskraft und damit Aufbau der deutschen Zukunft zeigten die Dresdner Kampfsportspiele der höheren Schulen, die vorigen Mittwoch und Donnerstag auf sämtlichen Plätzen an der Rennstraße ausgefochten wurden. Die Beteiligung war außerordentlich stark, und eine Riesenschar galt es zu bewältigen; fast 3000 Nennungen waren zu den Einzel- und Mannschaftskämpfen, zu den Spielen und Sondervorführungen eingegangen. Und die Zuschauermenge, die die Plätze früh, vormittags und nachmittags und besonders abends umlagerte, zählte in die Zehntausende. Dank der vorzüglichen Vorbereitung und des musterhaften Verhaltens der Kämpfer und der Kampfrichter verlief alles ohne jeden ernstlichen Unfall. Bar schon der Aus- und Umzug der jugendfrohen Scharen ein Ereignis zu nennen, so festete noch mehr das Bild, das die Jugend in diesem Kampf, in begeistertem Spiel und in prächtigen Sondervorführungen bot. Auch das Seminar Bischofswerda war mit 31 Schülern unter Leitena des Herrn Oberlehrer Schliefer vertreten, ausgewählte Leute, von denen nur Gutes zu erwarten war. So konnte es nicht wunder nehmen, daß von den angetretenen 26 Einzelkämpfern 23 sich den Siegerpreis errangen; darunter gab es 5, die unter den Besten genannt wurden, im Schloßkampf Rudi Richter und Strunz (Kl. II), im Dreikampf H. a. u. e., Rodig (Kl. I) und Horn (Kl. II). Einen schweren Stand hatte die Schlagballmannschaft (Spielführer Bogler, Kl. II), die gegen die beste Mannschaft der Ausschreibungsspiele, das Friedrich August-Sem. Strehlen, stand; diese hatte ihren letzten Gegner, das Fietzschsche Sem., das bisher die Führung hatte, tags zuvor mit 63 : 23 geschlagen; unsere Mannschaft, die vorher nie mit einem spielstarken Gegner zusammengekommen war, unterlag jener infolge geringerer Schlagfähigkeit mit 44 : 25. Ein selten glänzendes Spiel entwickelten die Faustballer (Führer Richter, Kl. II), nachdem sie die Mannschaft des Realgymnasiums Köhnig abgetan hatten, mit ihrem 2. Partner, dem Gruppensieger Sem. Dresden-Plauen; brachten sie es doch in der 1. Halbzeit (20. Min.) auf zusammen 144 Bälle! Mit 15 : 102 fiel die Entscheidung für Bischofswerda. Der Fußballmannschaft (Führer Leuchner Kl. III) war die schwerste Arbeit vorbehalten; sie konnte sich erst am Abend, zum großen Teil durch die mehrfachen Einzelleistungen des Tages geschwächt, ihrem außerordentlich starken, körperlich wesentlich überlegenen, völlig intakten Gegner von der Oberrealschule Dresden stellen, deren Leute außerdem fast alle Dresdner Sportvereine zugehören und am Vortage die Landesmeisterschaften mit 3 : 0 geschlagen hatten. In der 1. Halbzeit zeigte sich jedoch bald Bischofswerdas Überlegenheit; Sturm, Lauf, Bertreibung, Tor waren gleich vorzüglich, so daß Bischofswerda unter großem Beifall nach Halbzeit mit 2 : 1 führte. Dann aber machte sich die An- und Abspannung zu deutlich sichtbar, mit 3 : 2 erzwangen die Gegner den Endsieg. — Den Schluß von all dem Tüchtigen und Schönen, Starten und Froherbehenden bildeten eine Reihe prächtiger Sonderführungen, von denen vielleicht die Keulenübungen der Höheren Mädchenschule Dresden v. besonders genannt werden dürfen; Sprünge am hohen Doppelstange mit Federbett der Bischofswerdaer Kästernmannschaft, Borturner Sekundar Richter, konnten sich infolge ihrer Musterhaftigkeit und Tüchtigkeit den Leistungen anderer Anstalten ebendartig an die Seite stellen. Stolz und froh kehrten sie alle zurück. Wir wissen, Deutschland kann auf seine Jugend rechnen.

— Ärztlichen Sonntagsdienst hat morgen Herr Sanitätsrat Dr. Otto.

— Ausschuss-Sitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Bischofswerda. Die für gestern Freitag abend im Hotel König Albert einberufene Sitzung war beschlußfähig, da an der vorgeschriebenen Vertreterzahl 2 fehlten. Anwesend waren 3 Vertreter der Arbeitgeber, 18 der Arbeitnehmer, sowie als Gäste 5 Vorstandsmitglieder. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, Herrn H a p p e l, bringt Herr Geschäftsführer Frömter den IV. Nachtrag zum Kassenstatut zur Beratung, ebenso den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht für das Jahr 1920, ohne daß über beide Punkte ein Beschluß gefaßt wird. Aus dem Geschäftsbericht ist zu ersehen, daß am 31. Dezember 1920 1398 männliche und 1641 weibliche Mitglieder vorhanden waren. Die Zahl der Ertragsanteile belief sich auf 1884 männliche und 1560 weibliche. Erwerbsunfähigkeit trat hierbei ein bei 600 männlichen und 483 weiblichen Personen. Heilstätten- und Krankenhausbehandlung erfuhr 40 männliche, sowie 90 weibliche Versicherte. Die Krankheitstage betragen für männliche Versicherte 11 910, für weibliche 10 965. Betriebsunfälle von kürzerer und längerer Dauer wurden gemeldet: 29 männliche, 4 weibliche. Einen nicht unbedeutlichen Kosten stellt die Rothilfe dar. Für Versicherte betragen die Entbindungskosten 8850 M., für die Familienangehörigen 3250 M., ebenso wurden für Minderbemittelte 550 M. ausbezahlt. 19 M. betrug die Beihilfe für Schwangere. Für Versicherte betrug das Wochengeld 19 070 M., für Familienangehörige 7192 M. und für Minderbemittelte 1218 M. Das Stillgeld für diese drei Gruppen betrug 8767 M., 3153 M. und 614 M. Sterbefälle waren bei den Mitgliedern 12 männliche, sowie 8 weibliche zu verzeichnen, bei den Familienangehörigen 5 Erwachsene und 4 Kinder. Die borgegebene Einhebung der Versicherungsbeiträge ist ab 1. Februar 1920 eingeführt, von dieser Einrichtung machten Ende Dezember 1920 252 Arbeitgeber mit 92 366,30 M. Versicherungsbeiträgen Gebrauch. Für 3001 invalidenversicherungspflichtige Personen wurden 120 238,22 M. vereinbarte Beiträge auf Übernahme des Heilverfahrens wurden gestellt, hiervon wurden 43 genehmigt, 7 abgelehnt und 5 als erledigt erklärt. Ende 1920 betrug das Kassenvermögen einschließlich des Reservefonds 224 864,92 M., was einen Zuwachs von 74 739,93 M. bedeutet. Der Reservefonds selbst beträgt 14 928,96 M. Um den Fonds auf die gesetzliche Höhe von 336 000 M. zu bringen, sollen demselben aus dem Überschuß 35 000 M. zugeführt werden. Am